

«Das Ausland ruft»

Tag der Wirtschaft Dem Erfolgsfaktor Internationalisierung fehlt zunehmend die Akzeptanz der Bevölkerung

VON DANIEL HALLER

«Die Schweizer Wirtschaft braucht ein internationales Umfeld, darüber braucht man nicht zu diskutieren. Weil das Potenzial im Inland nur klein ist, braucht man Märkte im Ausland», erklärte Bundesrat Ueli Maurer am «Tag der Wirtschaft» der Wirtschaftskammer Baselland. Mit keinem Wort erwähnte er, dass es seine Partei, die SVP, war, welche die Masseneinwanderungsinitiative (MEI) lancierte. Vielmehr bezeichnete er die MEI als «Frühwarnsystem». Die Bevölkerung müsse die Internationalisierung der Wirtschaft mittragen, «sonst wirft sie Knebel zwischen die Beine».

Gesellschaft wendet sich ab

Der Anlass in der St. Jakobshalle stand unter dem Titel «Erfolgsfaktor Internationalisierung». Vor rund 2800 Gästen erklärte der Baselbieter Finanzdirektor Anton Lauber: «Offene Märkte, Freihandel und Globalisierung fördern den Wohlstand in unserem Land. Tragendes Element des Wohlstands sind internationale Märkte.» Auch Wirtschaftskammerdirektor Christoph Buser betonte: «Der künftige Wohlstand der Schweiz hängt davon ab, ob wir uns mit den ausländischen Partnern gut arrangieren können.» Die Baselbieter Wirtschaft sei immer noch zu stark binnensorientiert. «Doch die Unternehmen haben erkannt: Internationalisierung ist eine Chance.» Dann folgte das grosse Aber: «Entscheidend ist aber die gesellschaftliche Akzeptanz. Man muss alle Bevölkerungs-Segmente an Bord haben, wenn man auf diesem Weg weitergehen will.»

Das hat die Wirtschaft aber nicht: Maurer verwies auf den Ausgang der US-Wahlen und auf die Brexit-Abstimmung: «Ein Teil der Bevölkerung hat Angst vor Jobverlust. So werden die Orientierung auf den Nationalstaat und der Protektionismus zum Gegenpol der Globalisierung, die nicht mehr überblickbar ist.»

Auf die Schweiz bezogen erklärte er: «Wirtschaft ist keine Einbahnstrasse. Export bringt auch Import. Doch durch die Internationalisierung sind wir immer mehr zum Spezialisten geworden.» Dies berge die Gefahr der Deindustrialisierung. «Wir benötigen aber eine diversifizierte Volkswirtschaft. Auch manuelle Arbeitsplätze sind nötig.» Da müsse man ein Gleichgewicht anstreben, damit langfristig die Vollbeschäftigung erhalten bleibe.

Den Weg des Protektionismus lehnte Maurer aber ab. Dieser führe bloss zu Diskriminierungen.



Wirtschaftskammerdirektor Christoph Buser (links) freut sich, mit Ueli Maurer erneut einen Bundesrat an «seinen» Anlass geholt zu haben.

NICOLE NARS-ZIMMER

«Das Ausland darf nicht verteufelt werden. Damit sind mehrere Parteien angesprochen.»

Christoph Buser Direktor
Wirtschaftskammer Baselland

Frauen bleiben aussen vor

Der auf Freihandel und internationale Märkte orientierten Wirtschaft ist also der Rückhalt in der Gesellschaft abhandgekommen, wobei Maurer das Gleichgewicht wieder herstellen will, indem man in der direkten Demokratie auf die Bevölkerung hört. Zudem sei die Unternehmenssteuerreform III entscheidend: «Die Schweiz hat hohe Löhne und einen starken Franken, da müssen die Steuern günstig sein, um exportieren zu können.»

Dem stimmte Buser zu, doch mit einem Videoclip «Das Ausland ruft» setzte die Wirtschaftskammer andere Akzente. Auch kleine Unternehmen müssten die Haltung, der Schritt ins Ausland gehe nicht, überwinden. Ohne Mut wäre kein Mensch

zum Mond geflogen. Die Politik müsse mehr Inspiration bieten.

Dann aber schlichen sich doch leicht protektionistische Töne in Busers Rede: Bei Submissionen solle man in der Schweiz nicht den Musterschüler spielen, sondern lernen, eigene Interessen einzubringen. Im Klartext: Die öffentliche Hand soll bei der Auftragsvergabe heimatische Unternehmen stärker berücksichtigen. Andererseits müsse der Kanton sich international besser darstellen, beispielsweise indem zumindest ein Teil der Kantons-Website auch in Englisch abrufbar wird.

Christoph Mäder, Geschäftsleitungsmitglied Syngenta, griff den Trend zum Protektionismus auf: «Sollte Trump die USA zu stark abschotten, wird er bald ein

Feedback aus den eigenen Reihen bekommen», orakelt er.

Damit es in der Schweiz nicht auch zu einem solchen Backlash wie in den USA kommt, sah er wie Maurer die Notwendigkeit, die Balance zu finden. «Die Wirtschaft hat zu wenig Rücksicht auf lokale Verantwortung und Identität genommen. Da braucht es mehr Bescheidenheit. Auch die Rückkehr zu gesundem Menschenverstand würde etwas helfen.»

An dem an diesem Abend viel zitierten, abhandgekommenen Rückhalt änderte allerdings auch die Wirtschaftskammer nichts: Die Hälfte der Bevölkerung kam nicht vor, keine einzige Frau kam zu Wort, der Tag der Wirtschaft blieb eine reine Männer-Veranstaltung.

Einwohnerrat will Teile der Uni unbedingt in Liestal

Resolution Liestaler Ortsparlament sendet starkes Signal an Entscheidungsträger in Basel

VON ANDREAS HIRSBRUNNER

Lange war Liestal als Baselbieter Standort für eine oder mehrere Fakultäten der Uni Basel in der Poleposition; zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung. Inzwischen ist man sich in Liestal dieser vorteilhaften Ausgangslage nicht mehr so sicher, wie die Einwohnerrats-Sitzung vom Mittwochabend zeigte. So warf Liestals Stadtpräsident Lukas Ott (Grüne) die Frage in die Runde: «Im Moment läuft das Evaluationsverfahren, mit dem man drei andere mögliche Uni-Standorte im Kanton auf den gleichen Stand wie Liestal bringen will. Geht es dabei darum, dem Standort Liestal Schwung zu nehmen oder ihn zu befeuern?»

Ott machte diese Erklärung im Zusammenhang mit einer überraschend von Vertretern aller Parteien eingereichten Resolution unter dem Titel «Wir bekennen uns zum Uni-Standort Liestal» (bz von gestern). Ott wünschte sich vom Ortsparlament bei der Verabschiedung der Resolution an den Uni-

versitätsrat sowie an die Regierungen beider Basel «ein möglichst geschlossenes Zeichen» und so eine Rückenstärkung des Stadtrats. Damit er dieses Zeichen auch bekam, legte sich seine Tochter Anna Ott (Grüne) ganz besonders in die Riemen, die offensichtlich eine führende Rolle bei der Ausarbeitung des Resolutionstextes gespielt hatte. Sie erläuterte im Rat detailliert all die Vorteile eines Liestaler Uni-Campus - von den bereitstehenden Investoren inklusive SBB als grösster Grundeigentümerin bis hin zur günstigen Verkehrsanbindung.

Zweifel in Reihen der SP

Anna Ott erhielt anschliessend Sukkurs von andern Parteisprechern, so auch von Thomas Eugster (FDP), der ansonsten nicht allzu oft auf der gleichen Schiene wie die Grüne fährt: «Die Freisinnigen begrüssen die Resolution ausdrücklich. Es ist uns schon lange ein Anliegen, dass ein anständiger Teil der Uni ins Baseltal kommt.» Liestal habe ein «hervorragendes» Angebot, und ei-

ne Uni im Kantonshauptort werde von der Bevölkerung stärker wahrgenommen und getragen als anderswo im Landkanton.

Es gab allerdings auch kritische Anmerkungen, und die kamen aus unerwarteter Ecke. In der SP sei man sich einig, dass die Uni wichtig ist für die Region. Ebenso sicher sei es falsch, dass die Baselbieter Regierung hier sparen wolle, sagte SP-Fraktionssprecher Bernhard Bonjour und ergänzte: «Schon nur das Schwatzen übers Sparen schadet der Uni.» Bei der Frage, was die Uni mehr stärke, gebe es innerhalb der SP aber unterschiedliche Meinungen. Ein Teil der Genossen glaube, dass die Uni am stärksten ist, wenn sie alleine über ihre Standorte entscheiden kann; ein anderer, dass der Standort Liestal hierfür zentral sei. Allzu gross können die Meinungsunterschiede bei den Sozialdemokraten aber nicht sein, denn die Abstimmung fiel überaus deutlich aus: Alle Einwohnerräte unterstützten die Resolution bei nur einer Enthaltung aus der SP.

Arsenfunde in Zwingen

Kanton bestätigt die Ereignisse

«Kein Zusammenhang mit der Abstimmung über die Aushubdeponie», titelt die Baselbieter Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) in einer Medienmitteilung zum diese Woche von der bz publik gemachten Arsenfund in Zwingen von 2012. Das gestern veröffentlichte Communiqué fasst die Vorgänge in Zwingen nochmals knapp zusammen.

Die Einwohnergemeinde Zwingen habe 2009 eine Baubewilligung erhalten, um auf zwei Parzellen in der Gewerbezone maximal 10 000 Kubikmeter sauberen Aushub zu schütten. Auf Ersuchen des Liquidators der Papierfabrik Zwingen, die zu der Zeit im Besitz einer betroffenen Parzelle war, wurde eine geologische Untersuchung des Aushubmaterials durchgeführt. «Diese bestä-

tigte die widerrechtliche Zufuhr von mit natürlichem Arsen belastetem Material. Somit lag klar eine Missachtung der Auflagen aus der Baubewilligung vor», führt die BUD aus. Das Amt für Umwelt und Energie (AUE) habe dann Mitte 2013 die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes der beiden Parzellen verfügt. Die Arbeiten seien Ende 2013 abgeschlossen und mit einem Schlussbericht dokumentiert worden.

Total seien 2200 Tonnen belastetes Material von der Aufschüttung wieder entfernt und fachgerecht entsorgt worden, teilt die BUD ergänzend mit. Die Wiederauffüllung sei ebenfalls abgeschlossen. Über natürliche Arsenvorkommen im Laufental sei man heute besser orientiert. (YME)

INSERAT

ENERGIESTEUER
mit Schnüffelstaat
in jeder Wohnung

NEIN

Besorgte liberale Bürger